

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage, für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher M 8538.
Redaktionschluss Montags
Montags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 9

Coln, den 4. Mai 1918.

VI. Jahrgang.

Das neue Deutschland und die Sozialreform.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, die auch unter dem Namen „Sozialreform“ bekannt ist, hat in der letzten Nummer ihrer Zeitschrift „Der Krieg hat in Geld und Heimat ein unauflösliches Noth...

... und hat in der letzten Nummer ihrer Zeitschrift „Der Krieg hat in Geld und Heimat ein unauflösliches Noth...“ die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Die Zeitschrift enthält wertvolle Beiträge zur Sozialreform und ist ein wichtiges Organ für die Arbeiterbewegung. In der letzten Nummer wird die Situation der Arbeiter im neuen Deutschland besprochen. Es wird festgestellt, dass die Arbeiter trotz der Kriegsjahre einen großen Fortschritt gemacht haben. Die Sozialreform hat sich als ein wirksames Mittel erwiesen, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Zeitschrift ist ein wichtiges Organ für die Arbeiterbewegung und sollte von allen Arbeitern gelesen werden.

Die Qualifizierung des Arbeiter- und Anstelltenstandes in

... auf dem Wege der vollen tariflichen Anerkennung...
... sozialer und politischer Gleichberechtigung...
... der Berufsbereine der Arbeiter und Anstellten durch...
... durch die Gewerkschaften...

den. Die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...

Das in Paris mit der Genehmigung der Regierung...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...

Das höchste Empfinden des Volkes würde...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...

Von den Arbeitgebern muß eine...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...
... die Verantwortung der Arbeiter für die Arbeit in den...

Dast förderndes Arbeitsstellungs- oder Entlohnungssystem Aufbau an Arbeitskraft und Lebensfreude des Arbeiters oder Angestellten zu treiben. Ter auf Kriegszeit bereitete **Arbeiterlohn** ist natürlich alsbald wieder herzustellen. Ueber ihn hinaus sprechen aber vorwiegende Gründe für eine zielbewusste **Bevölkerungspolitik**. Wie weit man im einzelnen sogleich wird gehen können, das wird von dem Stande des Wiederaufbaues der Wirtschaft mit abhängen müssen, wobei jedoch nie vergessen werden darf, Ausgaben für die Bevölkerungspolitik als bewährliche Kapitalanlage und nach dem Abschlusse dieses Krieges als eine ewige Lebensfrage unserer Nation anzusehen. Ein Volk, das die ungeheureren Ausgaben für seine Verteidigung aufgebracht hat, muß auch für seine fernere Selbsterhaltung ausreichende Mittel beschaffen. Dies gilt ganz besonders von der **Wohnungserstellung** aus öffentlichen Mitteln, der die Reform des Doppelhaufen-Verlezes und eine großzügige ländliche und baubländliche Siedlungspolitik an die Seite zu treten haben.

Eine Fortentwicklung von Arbeiterlohn und -versicherung hätte insbesondere den Schutz der Frauen und Jugendlichen zu vermehren. In der Krankenversicherung wäre die Wöchnerinnenhilfe gemäß der Reichswochenhilfe unter Veranziehung öffentlicher Mittel anzuschließen; die Hausgewerbetreibenden wären allgemein in Kranken- und Invalidenversicherung reichsweit einzubeziehen. Die Krankenversicherung wäre obligatorisch auf die Familienangehörigen auszudehnen, die Einkommensgrenze in der Sozialversicherung zu erhöhen. Für die Bekämpfung der Volksleiden und Kriegsfolgen wären den Trägern der Sozialversicherung Mittel des Reiches und Staates in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. **Bevölkerungspolitische Gedanken** müssen auch in den Fragen der Sonntagsruhe, der Nachtarbeit, der gesundheitschädlichen und beschwerlichen Betriebe, des Hausarbeiterlohnes und bei Würdigung der Sondermängel der Privatangestellten und Unterbeamten mehr und mehr die Oberhand gewinnen. Nicht minder müssen Steuer- und Erbschaftspolitik auf diesen Gesichtspunkt eingerichtet werden, die sicher indem sie für alle Zukunft die Wiederholung einer ersten Wertschätzung des Volkswachstums durch ungelagerte Erwerbsverhältnisse unmöglich macht. Insbesondere sind auf diesem Gebiete zu verlangen: die Förderung der landwirtschaftlichen Unterernährung, zumal durch ländliche Fortbildung und durch soziale Hebung des Landarbeiters und Gesundheits- und wirtschaftliche Volkspolitik, Sicherung der rechtlichen Stellung der Konsumvererber, soziale Güterrechtspolitik. Zum Wiederaufbau des Volkswachstums gehören indessen auch die Fortentwicklung eines neuen Volks- und Fortbildungsschulwesens in Stadt und Land und Maßnahmen, die über die Schranken des Betriebes hinaus den **Aussitz der Begabten** in andere Berufsrichtungen nach Maßgabe ihrer besonderen Fähigkeiten ermöglichen.

Dieses Programm zu verwirklichen, wird Zeit und Geld kosten. Keiner seiner Punkte aber vertritt auf die Dauer nur Schaden, ohne daß unter Volk darunter Schaden litte. Manche Bedenken können überwunden werden, wenn beim Vordensicht, daß in späteren Staatsverträgen Vertragsklauseln ein Aushilfen von Sozialpolitik **international** festlegen und so die Weidewerkschaften Deutschlands auf dem Auslandsmarkte verzeichnen.

Aus unseren Berufen.

Erhöhung der Stundenlöhne und Familienzulagen für die städtischen Arbeiter und Straßenbahner in Danabrück. Vom Februar richteten die Arbeiterverbände, nachdem sich mehrere Versammlungen der Kollegen mit der Lohnfrage beschäftigt hatten, eine Eingabe um eine angemessene Erhöhung der Löhne und Familienzulagen an die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung. In mehreren Sitzungen der Arbeiterauschüsse kam diese Angelegenheit zur Besprechung. Welchen Zweck die Verwaltung damit bezwecken

wollte, daß sie zur ersten Sitzung fast sämtliche Vorgesetzte der Arbeiter hinzuzog, ist nicht leicht erklärlich. Jedenfalls haben sich die Ausschussmitglieder, mit Ausnahme eines einzigen Unorganisierten, durch die Anwesenheit ihrer familiären Vorgesetzten nicht davon abhalten lassen, ihre Pflicht zu tun und die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Bei der Ortsberatung wurde diese Angelegenheit vom Vorsitzenden Kollegen Wagemann ebenfalls zur Sprache gebracht und in wirksamer Weise nachgewiesen, daß die bisherigen Löhne und Zulagen vollständig unzulänglich sind. Das Existenzminimum erfordere gegenwärtig für eine sechs-köpfige Familie ein Monatsinkommen von 211 Mk., was hingegen das Einkommen der städtischen Arbeiter höchstens auf 180 Mk. beläuft. In der dritten Ausschuss-sitzung erklärte sich endlich die Verwaltung bereit, eine weitere Lohnzulage von 1 bis 1 1/2 Pf. die Stunde und eine Erhöhung der Familienzulage um 10 Mk. zu gewähren. Die Gesamtzulagen betragen nunmehr für die Hausarbeiter und Arbeiter des Betriebsamt 21 Pf., für die Arbeiter der Bauamts 20 Pf. die Stunde. Für Arbeiter, die 3 Jahre und länger bei der Stadt beschäftigt sind, erhalten sie diese Zulagen um 2 Pf. die Stunde. Außerdem wird noch die Familienzulage von 20 Mk. für Verheiratete und 1 Mk. für jedes Kind pro Monat gewährt.

Diese Zugeständnisse sind als wohl bedeutende zu bezeichnen, wird doch auch heute das Einkommen, welches zur Unterhaltung des oben genannten Existenzminimums notwendig ist, noch nicht ganz erreicht.

Nur in unermesslicher ist das Vorgehen des Betriebsamts, welches die oben genannten Zulagen pro Stunde nur für 10 Stunden pro Tag bewilligen will. Nur im Interesse des Betriebes notwendig überstunden will es auf den reinen Stundenlohn ohne Zuschlag geben. Dieses Verhalten erweckt nur doch zum letzten Maß den Ausdruck zu gebrauchen recht kläglich und zeigt gerade mehr von einer besonders unbilligen Haltung der Verwaltung gegenüber der Arbeiterkraft.

Mit dieser Behandlung der Angelegenheit wird sich die Arbeiterkraft nicht zufrieden geben und sich vorbehalten, zur geeigneten Zeit erneut mit ihren Anforderungen hervortreten.

Lohnerhöhungen und Urlaubserstattung in Bonn.

Am 1. März beantragten wir in einer Eingabe an die Stadtverwaltung für die städtischen städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich des Straßenbahnpersonals:

1. eine Erhöhung der Löhne um 1,50 Mk. pro Tag
2. Wiedergewährung des vollen Urlaubs;
3. Verhütung von Arbeitsleiden.

Am 10. April berichtete die Stadtverordnetenversammlung mit der Sache und ging uns darauf am 16. April eine Bescheid des Herrn Oberbürgermeisters zu.

Mit dem Schreiben vom 11. März 1918 teilte ich mit, daß die Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Tagelohn der städtischen Arbeiter vom 1. April d. J. ab wie folgt zu erhöhen: Für erwachsene männliche Arbeiter um 1,30 Mk. für erwachsene weibliche Arbeiter um 1,10 für erwachsene jugendliche Arbeiter um 50 Pf.

Bei demjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die nach dem 1. Januar 1918 unter Zugrundelegung der zuletzt bei den städtischen Betrieben gezahlten Löhnen einschließliche der letzten Lohnzahlung im Jahr 1917 in den städtischen Diensten eingestellt worden sind, tritt die vorstehende Lohnerhöhung in Kraft.

Weiter teile ich mit, daß den jugendlichen Arbeitern wieder ein Verbotsgeld wie in den Friedenszeiten gewährt wird. Das weitergehende Art. 1 am Beschaffung von ... sondern für die städtischen Arbeiter ...

Demnach ist sowohl in der Lohnfrage wie bezüglich des Lohnes ein schöner Erfolg erzielt worden. Die im Laufe letzten Jahres erzielten Lohn-erhöhungen betragen für erwachsene männliche Arbeiter 2,80 bzw. 2,50 pro Tag für erwachsene weibliche 2,50 Mk., für Jugendliche 1,50 Mk. Daneben kommen noch die Familienzulagen in Betracht, die als Wochenzulagen gezahlt werden und zwar für Ledige 2 Mk., Verheiratete 3 Mk. und für Kinder 1 Mk. bis zum Höchstbetrage von 11 Mk. pro Woche. Es ist zu bedauern, dass die Stadt Bonn bei der Verhandlung von Arbeitervorgängen während des Jahres an den Tag gesetzt hat, könnte sich manche andere Stadt zum Vorbild nehmen. Andererseits darf es sich auch nicht verbieten zum Verdienst anrechnen, stets für die Rechte der Interessen der einzelnen Arbeiter eingetreten zu sein. Es ist es ganz selbstverständlich, dass die Kollegen und Kolleginnen sich selbst den besten Dienst erweisen, wenn sie sich vollständig für die Aufgabe des Verbandes Sorge tragen.

Rundschau.

Auszeichnungen. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen Felix Wenzel und Peter Friedeburg von der Ortsgruppe Köln (N.) für ihren heldischen Einsatz. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Aus drei Ortsgruppen.

Die Straßenbahner. Die Dummheit oder Naivität möchte man fragen, wenn man die „Benzolbörse“ hört, die gemächlich über den Straßenbahner in die Runde mahlen. Ein Teil der Mitglieder des Verbandes ist, wie die Verbände fern Schatz, bei der letzten Lohnbewegung nicht alles erreicht. In Mainz haben die Straßenbahner die um 10% mehr aber immer erhalten. Als eine Band zur Bekämpfung der Interessen der Kollegen rufen, behaupten jedoch, dass die Kollegen in Köln, die noch immer auf der Suche nach dem vorwärtsweisenden Teil der Kollegen sind, in Mainz gefallen sind, eine Antwort, dass sie in Zukunft nicht mehr wollen, den Mund aufzumachen. Wer heute noch keinen Verstand hat, hat nicht mehr das Recht, über Lohn und Gehälter zu reden. Wer und der seine Überzeugung hat, und nicht ein unglücklicher Kollege, oder eine Kollegin auf dieses Märchen hereinfallen. Es wäre diesen Leuten zu viel Ehre, wenn man ihre Dummheiten in öffentlichen Verhandlungen würdigen wollten. In anderen Teil der Mitgliedschaft kann man die Verfolger des Verbandes nicht nennen, behauptet aber nach dem Vergehen der Verband keinen Zweck mehr. Man kann sie aus welchem Grunde dann nicht haben, sie wie die Katzen vor dem heißen Ofen und nimmlich so etwas vor dem großen Unwahrscheinlichen zu stehen. Welcher Art diese aber seien, und welche Folgen sie für Arbeiter und Angestellte haben werden, wissen sie nicht. Die Angestellten, die auch nicht die Verantwortung für die letzten Teil der blutigen Schwärzen tragen können, sehr schön und Verdammung sind, weitere Behauptungen aufzuheben. Der Vertrauensmann, unteres Verbandes, am 10. März, die Verhandlung habe der Dichtung aus dem mitgeteilt, dass das Personal mit dem Erfolg der Verhandlung zufriedengestellt sei. Wer nur ganz oberflächlich die Verhandlungen im Stadtwirtschaftsamt verlor, und in der Verhandlung befaßt hat, kann sich ein wahrer Bild von den Verhandlungen und der letzten Bewegung machen. Die Verhandlung im Stadtwirtschaftsamt und der Teil der Verhandlungen, aber solche unwahren Behauptungen und Behauptungen, doch nur, um Kritiken zu fassen. Das Verhalten der ganzen Sache ist dann doch, stellt man so einen Teil der Verhandlungen die Rede zum Teil der Verhandlungen zu machen, will er nicht gesagt haben, wenn so, die Verhandlung im Stadtwirtschaftsamt im Oktober des vergangenen Jahres, wo die Verhandlung über die Angelegenheiten, gegen anderen Verhandlungen wurden. Als wir dann den Verhandlungen im Stadtwirtschaftsamt am 10. März, die Verhandlungen zu be-

Wie niedrig und denkwürdig mögen diese gewissenlosen Menschen die gesamten Kölner Straßenbahner einschätzen, wenn sie glauben, mit derartigen Mitteln Anhänger für ihre Überzeugung gewinnen zu können.

Neuwied. Den Arbeitern des hiesigen Gewerkes wurde am 16. April bekanntgegeben, daß die derzeitige Lohnsumme ab 1. April eine Lohnsteigerung von 1,6%, die übrigen erwachsenen Arbeiter von 50% täglich erhalten sollten. Die Jugendlichen unter 17 Jahren dagegen sollten keine Zulage bekommen. Mit dieser Regelung könnten höchstens die paar Seiler und Maler, welche 5. werden, mit; aber die übrigen Arbeiter. Den Arbeitern des Stadtbauamtes will man eine Lohnsteigerung von 10 Prozent zugestehen. Das ist angesichts der geringen Löhne auch viel zu wenig. Schon im Jahre 1915 haben andere Städte ihren Arbeitern 10prozentige Lohnsteigerungen bewilligt. Die aber inzwischen auf 50 bis 100 Prozent heraufgesetzt wurden. Besonders sehen auch die Kommune Stadtwärter ein, daß mit so geringen Beträgen der Not der hiesigen Arbeiter nicht zu helfen ist.

Nachen. Vor kurzem fanden Verhandlungen zwischen den Betriebsleitungen und den Arbeitersächtschüssen statt über die von diesen eingereichten Forderungen. Statt der verlangten 1,50 Mk. pro Tag wollte man nur 0,8 für Verheiratete, 0,4 für Ledige und 10% für jedes Kind bewilligen. Damit haben sich die Kollegen natürlich nicht zufrieden. Nachdem der Obmann Kollege Schanz inzwischen bei dem Herrn Oberbürgermeister vorstellig geworden war, fanden nochmals Verhandlungen statt. Nachdem man nun bereit, die Forderungen auf 1,4 bzw. 0,8 zu erhöhen. Nur das Stadtbauamt wollte für die hier unterstellten Betriebe keine weitere Erhöhung zugestehen. In einer jetzt beendeten Verhandlung wurde am 23. April zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Dabei wurde besonders das ablehnende Verhalten des Stadtbauamtes bedauert und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die erhöhten Forderungen durchgesetzt würden. Es wurde eine Entschädigung gefordert und einstimmig angenommen, wobei der Herr Oberbürgermeister gebeten wird, den in Köln im Stadtwirtschaftsamt höheren Gehältern keine Zustimmung zu geben. Würde dieses geschehen, so würden sich die Zulagen vorgehend machen: für Verheiratete 2,05 Mk., für Ledige 1,4, für jedes Kind 0,4 pro Tag. Im Vergleich zu den Löhnen der hiesigen Arbeiter und der gesamten Bevölkerung sind diese Zulagen noch als recht mäßig zu bezeichnen. In Bonn, Köln, Essen und anderen rheinischen Großstädten werden wesentlich höhere Zulagen gezahlt. Nach Erledigung dieser Frage referierte der Verhandlungsleiter Kollege Deubachmann über das Thema „Arbeitslosigkeit und Gleichberechtigung“, wobei er besonders auf die Frage des Wahlrechts, der Tarifverträge, Arbeitskammern und des öffentlichen Wahlrechts einging. Mit einer baldigen Neugestaltung der Verfassung könne bestimmt gerechnet werden. Deutschland werde seine Freiheit und Rechte gegenüber seinen Nachbarn behaupten. Da gelte es auch dem eigenen Volke die ihm zustehenden Rechte und Freiheiten einzuräumen und alle Verhältnisse derselben rechtlich zu bestimmen. Die Arbeiter sollten keine Beschränkungen dulden, daß im neuen Deutschland ihr endlich die lang ersehnte und rechtliche Gleichberechtigung auf allen Gebieten zuteil werde.

Nachen. Die hiesige Ortsgruppe hat im vergangenen Jahre eine ruhige Tätigkeit entfaltet. Neben 4 Vorstandssitzungen fanden 9 Versammlungen statt, die durchweg gut besucht waren. An die Stadtverwaltung wurden 6 Eingaben gerichtet, und zwar über Einführung von Arbeitervorschriften, Erhöhung der Lohnzulagen 3 und Zahlung der vollen Zulagen an alle Arbeiter. Alle Eingaben hatten Erfolg. Im Frühjahr wurden die Arbeitersächtschüsse errichtet, wobei die von uns aufgestellten Kandidaten gewählt wurden. Schon bald konnten dieselben in Tätigkeit treten zur Verhandlung über die Ausgestaltung der Lohnzulagen. Diese wurden erhöht um 75% für Verheiratete 50% für Ledige und 10% für jedes Kind pro Tag. Die in einzelnen Betrieben daraufhin vorgenommenen Abzüge, weil der letzte feste Lohn überschritten wurde, wurden auf unsere Beschwerden hin wieder zurückgenommen. Der Mitgliederbestand liegt von 57 am Jahresbeginn auf 178 am Jahresabschluss, davon 160 männlich und 18 weiblich. Beurlaubungen wurden 10, Neuberichte 10, Ausgetreten und 59, verstorben 22, emigriert 10, gestorben 3. Im Vereinsdienst stehen noch 54 Mitglieder. Die Kassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: im Einnahmenseite: von Eintrittsgeldern 80,04, Beitragsmarken 238,04, Ehrennennungen 11,00, Zinsen 11,70, gleich 257,74. Ausgaben: Kranken- und Unfallversicherung 27,00, Dienstausgaben 11,4, Porto und Sendungsgeld 21,00, Verwaltungskosten und Sonstiges 22,00, Zinsen

thel 13,70%, Liebesgaben 7,45%. An die Hauptkasse wurden 1704,96 M. eingeliefert. Die Einnahmen der Nebenkasse beliefen sich auf 394,78 M., die Ausgaben auf 315,04 M., so daß eine Kassenüberschuss von 79,74 M. resultiert. Alles in allem zeigt das Jahr 1917 von einer ruhigen Arbeit und ...

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Arbeiterkammereigentümer ... in ... mit einem Gesetzentwurf, der die Aufhebung des Paragraphen ... Der Entwurf enthält ... Die Arbeiterkammer ... hat der Vorlage ... Die Arbeiterkammer ... hat der Vorlage ... Die Arbeiterkammer ... hat der Vorlage ...

Arbeiterbewegung.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat am 26. u. 27. März ... in der ... Der Ausschuß ... hat der Vorlage ... Die Arbeiterkammer ... hat der Vorlage ...

Funktionäre, sowie überhaupt maßgebender Persönlichkeiten, die mit Arbeiterinnen irgend welche Fühlung haben, unbedingt notwendig. Darum wird um rege Mitteilungen aller einschlägigen Fragen und Erfahrungen aus den Arbeiterinnen-Organisationen gebeten. Das hier verarbeitete Material wird für die zentrale Gewerkschafts- und Frauenbewegung ausgewertet und in einer ...

Die freien Gewerkschaften in Stuttgart ... in einer ... Die freien Gewerkschaften ... in Stuttgart ... Die freien Gewerkschaften ... in Stuttgart ...

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartale haben abgerechnet die Ortsgruppen: Starberg, Hannover, Bielefeld, Mannheim (Str.) ...

Gedenktafel.

Gestorben in der Kollege
Kaspar Geller, München
(Ehr' seinem Andenken!)



Es starben den Heldentod für König u. Vaterland die Kollegen:
Johann Körbes,
Mitglied der Ortsgruppe Köln (Str.)
Adam Vollbach,
Mitglied der Ortsgruppe Köln (Str.)
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren

Arbeiterinnen Sekretariat ... in ... mit einem Gesetzentwurf, der die Aufhebung des Paragraphen ... Der Entwurf enthält ... Die Arbeiterkammer ... hat der Vorlage ...